Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 65. [48. Jahrgang.] **Donnerstag den 18. März 1909.** **[48. Jahrgang.] Nr. 65.**

Berlin, den 17. März.

Rundschau im Auslande.

Zu den Orientfragen.

Oesterreich-Ungarn und Serbien.

Wien, 16. März. Wie die Neue Freie Presse erfährt, wird die Antwort Oesterreich-Ungarns auf die serbische Note noch im Laufe dieser Woche erfolgen. In dieser Note Oesterreich Ungarns wird darauf hingewiesen werden, daß die Note der serbischen Regierung die Antwort auf den wichtigsten Punkt vermissen läßt. Die österreichisch-ungarische Regierung wird die serbische Regierung auffordern, sich über diesen Punkt in klarer, unzweideutiger Weise zu äußern.

Im österreichischen Abgeordnetenhause führte am 16. d. M. in fortgesetzter Verhandlung der Resolutionvorlage Friedrich bei Besprechung der auswärtigen Lage aus, man könne es Serbien nicht verargen, wenn es den gegenwärtigen Augenblick für günstig halte, für immer aus der Klemme herauszukommen. Er würde es bedauern, wenn die Monarchie nicht alle Mittel versuchen würde, dem Kriege auszuweichen. Serbien verdiene die Möglichkeit einer freien Entwicklung; Oesterreich würde sich durch die Gewährung dieser Möglichkeit einen guten Nachbarn und die Sympathieen Europas erwerben.

Im Verlauf der Debatte erklärte Ministerpräsident Freiherr v. Bienerth: Die Antwort der serbischen Regierung auf unsere jüngste Demarche hat unseren Erwartungen nicht entsprochen. (Zustimmung.) Wir haben Serbien in entgegenkommendster Weise die Hand reichen wollen, um es in die Lage zu versetzen, sich uns gegenüber in entsprechend klarer Weise über die Veränderung seiner Politik hinsichtlich Bosniens und der Herzegowina sowie über die Fortsetzung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu äußern. Auf diese bestimmte Frage hat die serbische Regierung in ausweichender Weise geantwortet. Wir werden jedenfalls nicht in der Lage sein, vor einer uns bedrängenden Klarstellung der wahren Absichten Serbiens mit ihm in eine Erörterung der wirtschaftlichen Fragen einzutreten. Da die Verhandlungen fortgesetzt werden, so muß ich mich auf diese kurzen Aeußerungen beschränken. Der Ministerpräsident betonte weiter die Notwendigkeit einer starken, schlagfertigen Armee sowie die Notwendigkeit der Erhaltung ihrer Einheit im Interesse der Wahrung der Großmachtstellung und Bündnisfähigkeit der Monarchie und bat um raschestes Erledigung der Rekrutenvorlage. (Lebhafter Beifall.)

•

Belgrad, 16. März. Die Skupschtina nahm eine Gesetzesvorlage an betreffend einen Nachtragskredit für Heeresausrüstung von 5350000 Dinars und einen Nachtragskredit von 500000 Dinars für geheime Zwecke des Ministeriums des Aeußern.

•

Serbisches Kriegsmaterial.

Wien, 16. März. Die Politische Korrespondenz meldet aus authentischer Quelle aus Konstantinopel: Die Intervention des englischen Botschafters bezüglich der Durchfuhr von Kriegsmaterial für Serbien beschränkte sich darauf, die Ausladung von Dynamit und dessen Unterbringung in den türkischen Magazinen von Salonikiti zu erwirken. Auf die Durchfuhr von Kriegsmaterial selbst bezog sich das Einschreiten des englischen Botschafters nicht.

Saloniki, 16. März. (Wiener Telegr.-Korresp.-Bureau.) Im Hause des Priesters Nikola in Belkamen, Bezirk Florina, sind 40 Dynamitbomben und Bombenmaterial entdeckt worden. — Serbien hat in Brüssel 15 To. Schießpulver bestellt und die Verantwortung dafür übernommen, daß es nun seinen der türkischen Regierung die Erlaubnis zur Einfuhr über Saloniki—Mitrovaz erhalte.

Frankfurt a. M., 17. März. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Sofia: Bulgarien gestattet auf dringendes russisches Verlangen die Durchfuhr für Serbien bestimmten, in Saloniki angehaltenen Kriegsmaterials über Varna.

•

Das russisch-türkisch-bulgarische Finanzabkommen.

Petersburg, 16. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Verhandlungen, die in den letzten Tagen in Petersburg mit Rifaat Pascha über den bekannten Vorschlag einer russischen Finanzvermittlung zwischen der Türkei und Bulgarien stattgefunden haben, sind heute mit der Unterzeichnung des Protokolls beendet worden. Der Inhalt des Protokolls unterliegt noch der endgültigen Begutachtung der beiden Regierungen.

Die Hauptpunkte sind die folgenden: Zur Erleichterung der endgültigen Begleichung der türkischen Ansprüche an Bulgarien, deren Summe auf 125 Mill. Frank bar festgestellt ist, erklärt die russische Regierung der Türkei diejenige Anzahl jährlicher Zahlungen der Kriegskontribution an Rußland, die notwendig wäre, wenn die Türkei die genannte Summe mittels Anleihe bei den gegenwärtigen Bedingungen des türkischen Kredits und des europäischen Geldmarktes erlangen wollte. Das Uebereinkommen sieht auch für die Türkei die Möglichkeit einer einmaligen Tilgung der ganzen nach Abzug der überlassenen Zeitzahlung restierenden Kontributionssumme in nächster Zeit gleichfalls im Wege der Kapitalisierung vor, jedoch nur in dem Falle, wenn diese Operation zu 4 pCt. al pari möglich ist, oder aber einer späteren Tilgung nach besonderem Uebereinkommen beider Regierungen. Ihrerseits erklärt die Türkei sich bereit, der Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens nicht zu widerstreben, sobald die genannte Geldabrechnung und andere strittige türkisch-bulgarische Fragen geregelt sind. Die Gesamtsumme von 125 Mill. Frank schließt auch die Entschädigung der Orientbahngesellschaft für die Strecke in sich, die in die Verwaltung der bulgarischen Regierung übergegangen ist.

•

Petersburg, 16. März. Rifaat Pascha ist heute abend nach Berlin abgereist. Der Minister des Aeußern Iswolski gab ihm bis zum Bahnhof das Geleit.

•

Zum österreichisch-ungarisch-türkischen Ententeprotokoll.

Frankfurt a. M., 17. März. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Konstantinopel: Es gelang dem Großwesir, diejenigen Abgeordneten, welche Einwendungen gegen den Artikel 5 des österreichisch-ungarischen Protokolls, betreffend Zahlung von 2½ Millionen Pfund, geltend machten, zu bestimmen, diese fallen zu lassen. Die von Sir Ernest Kassel projektierte „Banque nationale" wurde mit einem Kapital von einer Million Pfund definitiv begründet. Der Minister genehmigte die Statuten derselben.

•

Friedenswünsche von Durmaabgeordneten.

Petersburg, 16. März. Mitglieder der Reichsduma verschiedener Fraktionen unterzeichneten ein von dem Abgeordneten Maklakow ausgearbeitetes, an alle Parlamente der Welt gerichtetes Schreiben, in dem es heißt, angesichts nahender drohender Ereignisse erfüllten die Dumaabgeordneten ihre Pflicht, indem sie einen letzten Versuch machten, ein Weltunglück abzuwenden; sie wendeten sich daher an die Abteilungen der Abgeordneten sämtlicher gesetzgebenden Versammlungen der Kulturwelt.

Die Tarif-Botschaft des Präsidenten Taft,

die am 16. d. M. dem Kongreß zu Washington zugegangen ist, führt aus, die wirtschaftlichen Zustände hätten sich in den letzten 12 Jahren so geändert, daß eine Revision des Zolltarifs notwendig sei. Das jetzige Zollgesetz schaffe überdies nicht genügend Einnahmen zur Deckung der Ausgaben. Bis zum 1. Juli überschritten die Ausgaben die Einnahmen um hundert Millionen. Mit Rücksicht auf die Geschäftswelt sollte die Tarifvorlage baldmöglichst angenommen werden.

Nach Entgegennahme der Botschaft des Präsidenten Taft vertagte sich der Senat bis Freitag. — Das Repräsentantenhaus nahm die Botschaft mit lebhaftem Beifall auf und überwies sie der Kommission für Mittel und Wege.

Der Post- und Telegraphenstreik in Frankreich.

Paris, 16. März. Der telegraphische Dienst ist in sehr erheblicher Weise gestört; nur wenige Linien arbeiten normal. Amtlich werden die Unterbrechungen der Telegraphenlinien teilweise mit atmosphärischen Störungen erklärt; doch heißt es, daß an diesen Störungen das Verhalten vieler Telegraphisten schuld ist, welche entweder die Arbeit eingestellt oder die Apparate in Unordnung gebracht haben. Auch der telephonische Dienst funktioniert seit 5 Uhr sehr mangelhaft. Es scheint, daß zahlreiche Telephonistinnen die Drohung, sich dem Streik anzuschließen, wahrgemacht haben.

Paris, 17. März. Ueber den Post- und Telegraphenstreik wird gemeldet: Die Zahl der Ausständigen ist eine verhältnismäßig geringe. Bisher wurden 700 Angestellte wegen Beteiligung am Streik ihres Amtes enthoben. Dagegen ist die Zahl derjenigen, die den Ausstand durch lässige Dienstleistung unterstützen, besonders unter den Telegraphisten, überaus groß. Dafür spricht die Tatsache, daß in Paris, wo sonst 100000 Depeschen täglich eintreffen und versendet werden, gestern im ganzen nur 12000 abgefertigt werden konnten. Gestern abend hielten 1500 Telegraphistinnen und Telephonistinnen eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, die Arbeit heute einzustellen. Aus den Provinzstädten, so aus Havre und Rouen, wird gemeldet, daß die dortigen Angestellten, sich dem Streik angeschlossen haben. Von den verschiedenen Kategorien der Angestellten der Post und Telegraphie wird erklärt, daß der Streik erst dann ein Ende nehmen werde, sobald Unterstaatssekretär Simyan seinen Amt niedergelegt haben wird. Die Telegraphenarbeiter faßten einen Beschluß, in dem sie rundweg erklärten, daß sie jede Beziehung zu den vorgesetzten Behörden abbrechen werden, solange der Mann an der Spitze stehe, der an den gegenwärtigen anarchischen Zuständen die Schuld trage. Die Allgemeine Vereinigung der Post- und Telegraphenbediensteten beschloß, gegen den Unterstaatssekretär Simyan eine Ehrenbeleidigungsklage anzustrengen, weil er angeblich Telegraphistinnen in einer Ansprache beschimpft habe. Unterstaatssekretär Simyan erklärte mehreren Berichterstattern, daß diese Behauptung durchaus falsch sei und nur den Zweck habe, den Ausstand zu beschönigen, für den kein ernsthafter Grund vorliege. Die Regierung sei fest entschlossen, nicht nachzugeben.

Paris, 17. März. Heute früh um 6 Uhr wurde die Arbeit im Haupttelegraphenamt ohne Zwischenfall wieder aufgenommen.

Marokko.

Tanger, 16. März. Aus Fez ist unter dem Kaid Embarek eine neue Mahalla abmarschiert, um sich der Bu Aubas anzuschließen, da die rebellischen Kabylen einen neuen Angriff planen. El Roghi ist durch die Nachricht des Sieges Bu Aubas über den Stamm der Alib Yassi eingeschüchtert und wagt nicht, weiter vorzurücken. Aus Larrasch ist eine Mahalla von 5000 Mann zu Fuß und 500 Reitern nach Fez unterwegs.

Fez, 16. März. Der französische Gesandte Regnault hat alle israelitischen und marokkanischen Schutzgenossen Frankreichs hier zu einem großen Festessen eingeladen und an alle armen Eingeborenen von Fez Lebensmittel verteilen lassen.

Wegen unausgesetzter, heftiger Regengüsse konnte der spanische Gesandte bisher noch nicht bei Mulay Hafid seinen offiziellen Besuch abhalten.

Ministerkrisis in Schweden.

Laut einem Telegramm aus Stockholm haben der Minister des Aeußern v. Trolle, der Landwirtschaftsminister Peterson und der Minister ohne Portefeuille Roos am 16. d. M. ihre Entlassung eingereicht.

Persien.

Teheran, 16. März. (Deutsche Kabelgramm-Gesellschaft.) Bei Kaswin wurden am Freitag die Truppen des Schahs unter Verlust von zwei Kanonen von den Nationalisten besiegt. Hier rechnet man damit, daß im Falle der Einnahme von Kaswin durch die Aufständischen die Russen zur militärischen Besetzung der Straße Recht—Teheran schreiten würden.

Strafverfahren gegen Castro.

New York, 16. März. Wie aus Caracas gemeldet wird, tat Manuel Paredos beim Bundesgericht Schritte zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den früheren Präsidenten Castro. Er behauptet, Castro habe die Ermordung des Generals Antonio Paredos und einiger Genossen verschuldet, die 1907 eine Revolution versucht hatten, von den Truppen des Präsidenten gefangen genommen und einige Tage später summarisch erschossen worden waren. Der Kläger sucht nachzuweisen, daß Castro von seinem Krankenzimmer aus die Erschießung angeordnet habe, und verlangt seine Auslieferung und Verurteilung zu fünfzehn Jahren Gefängnis.

•

•

Marinedebatte im englischen Unterhause.

Im englischen Unterhause legte am Dienstag der Erste Lord der Admiralität Mc Kenna das Marinebudget mit einer längeren Rede vor.

Er führte aus, er sei der erste, der anerkennen, daß das Budget in übergroßer Weise begründet werden müsse, ehe das Parlament darum angegangen werde, es zu bewilligen. (Beifall.) Er stimme herzlichst einer Politik des Friedens, der Einschränkung und der Reformen zu, und niemand könne glauben, daß die Regierung mit leichtem Herzen die Verantwortung für das Budget übernommen habe. Es gebe aber Fälle, wo selbst der entschlossenste Sparer Opfer bringen müsse. Die Sicherheit des Landes stehe über allen anderen Opfern (Beifall), und es sei keine Frage, daß die Sicherheit des Landes, was sie auch kosten möge, gewährleistet werden muß. Es wird als Axiom betrachtet, fuhr McKenna fort, daß die insulare Lage, die Ausdehnung und die geographische Lage der einzelnen Teile unseres Reiches und die Größe unseres Handels uns dazu verpflichten, eine Flotte in angemessener Stärke zu unterhalten, um unsere Küsten vor einer Invasion, unser Reich vor einem feindlichen Angriff zu bewahren und unseren Handel davor zu behüten, im Kriege vernichtet zu werden. England könnte nicht im voraus irgendwelche Grenzen für seine Flottenausgaben festlegen. Diese Grenzen müßten bestimmt werden, je nach den Fortschritten der fremden Mächte. Er sei daher genötigt, bei der Aufstellung der Forderungen für die Marine auf das Ausland Bezug zu nehmen. Einzelne Mächte, fuhr der Redner fort, entwickeln in der Gegenwart rasch ihre Marinestreitkräfte, aber keine in einem Tempo, daß sich mit demjenigen Deutschlands vergleichen läßt. Wenn ich in meinen Ausführungen jetzt jene Macht als Maßstab auswähle, nach dem wir unsere eigenen Forderungen bemessen können, wird das Haus verstehen, daß ich das nur tue, aus so zu sagen, arithmetischen Rücksichten, ohne mit den Ausdruck einer eigenen Ansicht oder Empfindung zu gestatten, es wäre denn die der achtungsvollen Bewunderung für die administrative und fachliche Tüchtigkeit jener Marine. (Ört, hört!)

McKenna fuhr fort: Als das Budget im verflossenen Jahre vorgelegt wurde, hatten wir sieben Dreadnoughts und drei Invincibles im Bau, die amtlich 1910 in Dienst gestellt werden sollten. Deutschland baute zu jener Zeit vier Schiffe vom Dreadnought- und eines vom Invincibletyp, so daß wir damals eine Ueberlegenheit von zehn zu sieben besaßen. In jener Zeit war die erste Flottenvorlage Gesetz geworden, und, wie wir deren Bestimmungen verstehen, sollten drei Schiffe vom Dreadnought- und eines vom Invincibletyp im Laufe des Jahres 1908/09 auf Stapel gelegt werden. Die Bestimmungen des Gesetzes waren derartig, daß sie uns verpflichten ließen, daß mit den vier Schiffen des Bauprogrammes von 1908/09 erst im August des verflossenen Jahres begonnen werden und sie erst im Februar 1911 fertiggestellt sein würden. Um diese Zeit des Vorjahres hatten wir daher fünf deutsche im Bau befindliche Schiffe in Betracht zu ziehen, von denen bei im Jahre 1910 fertiggestellt uns vier weitere im August 1908 begonnen und im Februar 1911 in Dienst gestellt werden sollten. Die Regierung und das Parlament billigten daher in dem Programm des letzten Jahres den Bau zweier großer Schiffe, die zu solcher Zeit auf Stapel gelegt werden sollten, daß England zwölf Schiffe läge gegenüber insgesamt neun deutschen Schiffen. Angesichts des Bauprogramms des verflossenen Jahres konnte wohl niemand ehrlich der Regierung den Vorwurf machen, daß sie in ein Wettrüsten eingetreten wäre. Die Schwierigkeit, in der sich die Regierung gegenwärtig befindet, ist die, daß wir keineswegs, wie wir das glauben, wissen, in welchem Verhältnis die deutschen Bauten fortschreiten. Wir wissen, daß die Deutschen ein Gesetz haben, welches ihnen, falls alle Schiffe gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes vollendet werden, eine Flotte verschaffen wird, die mächtigerist, als irgend eine gegenwärtig vorhanden. Wir kennen aber auch das Verhältnis nicht, nach welchem die Bestimmungen des Gesetzes durchgeführt werden sollen. Wir werden im Jahre 1911 sechzehn moderne Schiffe haben, gegenüber dreizehn, welche in der deutschen Vorlage vorgesehen sind. Das deutsche Gesetz sieht aber nach weiteren vier Schiffe vor, die im Jahre 1910/11 auf Stapel gelegt werden sollen, und wenn der Bau dieser Schiffe beschleunigt wird, was, wie ich vernehme, mit den vier Schiffen des Programms des Jahres 1909/10 geschehen ist, so würde Deutschland schon im April 1912 siebzehn Dreadnoughts und Invincibles besitzen. Aber selbst wenn keine Beschleunigung eintritt, wird diese Zahl im Herbst 1912 erreicht sein. Das ist die Möglichkeit, welche die Regierung in Rechnung ziehen mußte. Denn wir können uns nicht in Gefahr begeben. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir sicher sein sollen, die Ueberlegenheit in diesen mächtigen Schiffetypen zu behalten, muß die Admiralität in der Lage sein, falls die Notwendigkeit sie fe herantritt, die Beschickung, die Bemanzerung und die anderweitige Ausrüstung zu einer solchen Zeit und bis zu einem solchen Betrage in Auftrag zu geben, daß sie in der Lage ist, die Lieferung von vier weiteren großen Panzerschiffen im März 1910 zu erzielen. McKenna schloß: Der Möglichkeit, daß Deutschland 17 solche Schiffe im Frühjahr 1912 haben wird, werden wir durch unsere 20 Schiffe begegnen. Das können wir aber nur, wenn die Regierung vom Parlamente ermächtigt wird, die nötigen Aufträge, betreffend den Bau dieser Schiffe, vorzubereiten, noch im Laufe des gegenwärtigen Finanzjahres zu erteilen.

Nach McKenna ergriff Balfour das Wort:

Er führte aus, er sei nicht einen Augenblick der Meinung, daß Deutschland durch sein Vorgehen über seine gesetzlichen Rechte hinausgegangen sei. Die Frage sei nicht, ob Deutschland recht oder unrecht gtan, sondern ob England den Bau einiger Schiffe, der sich mit der Erhaltung der nationalen Sicherheit vereinbare. Jetzt handle es sich nicht mehr darum, ob England den Zweimächte-Standard, sondern ob es den Standard einer Macht aufrecht halten. Im vorigen Jahre habe Premierminister Asquith versprochen, England würde, wenn eine vernünftige Wahrscheinlichkeit dafür spräche, daß das deutsche Programm in der Weise ausgeführt würde, wie die Blätter es darstellen, für eine tatsächliche Ueberlegenheit zu Ende des Jahres 1911 sorgen. Aber bis 23 Seiten seien sich die Ziffern nicht mehr nahe, die im Deutschen Reichstage von einem Minister gemachte Aeußerung, Deutschland könne ebenso schnell bauen, wie England, sei keine leere Prahlerei gewesen.

Nachdem Balfour das Programm der Regierung als gänzlich ungenügend bezeichnet hatte, sprach Premierminister Asquith.

Er wies zunächst darauf hin, daß man bei dem Zwei-Mächte-Standard auch andere Schiffe als die Dreadnoughts in Rechnung ziehen müsse. Diejenige Frage, sagte Asquith, welche gegenwärtig am wichtigsten ist, ist die des Standes der Schiffsbauten in Deutschland. Es ist dies eine außerordentlich heikle Sache, die man mit großer Vorsicht und mit feinem Takt anfassen muß, wenn man durch eine Notwendigkeit und nicht zufällig gezwungen ist, das eigene Schiffsbauprogramm mit dem einer befreundeten Macht zu vergleichen. Man muß nicht glauben, daß unsere Berechnungen, die in Bezug auf unsere eigene und die deutsche Flotte so sorgfältig gemacht wurden, von der Annahme oder der Idee beeinflußt wurden, daß unsere diplomatischen Beziehungen zu Deutschland gegenwärtig unbefriedigend sind oder Anstoß haben, es zu werden. Im Gegenteil, der Gang der internationalen Angelegenheiten in der jüngsten Zeit ist — ich freue mich herzlich, Gelegenheit zu haben, dies hier auszusprechen — eher geeignet gewesen, etwa mögliche Schranken zwischen Deutschland und uns zu entfernen als zu errichten. Der diplomatische Verkehr zwischen uns ist jetzt ein offener und freundschaftlicher, und wir sehen keinen Grund, warum er es nicht bleiben soll. Daß dieser Verkehrauch weiterhin sich so gestalte, ist unser Wunsch und unsere ernsteste Absicht. Da sich dies so verhält, wird ohne Zweifel manchen gefragt werden, warum etwas existiert, was wie ein wachender Wettbewerb in den Flottenausgaben zwischen den beiden Ländern aussieht. Warum, so fragen da einige meiner radikalen Freunde hinter mir, ist kein gegenseitiges Abkommen möglich? Ich will sogleich auf diese Frage antworten. Denn sie ist von der britischen Regierung mehr als einmal gestellt worden in der Absicht festzustellen, ob ein Vorschlag einer gegenseitigen Beschränkung der Flottenausgaben von der deutschen Regierung angenommen werden würde. Aber wir haben die Verpflichtung erhalten, und zwar mehr als einmal und in formeller Weise, daß die Flottenausgaben Deutschlands sich einzig und allein nach den eigenen Bedürfnissen richten, und Deutschlands Programm in keiner Weise von dem unserigen abhängt. Das also ist die Erklärung, die uns gegeben worden ist. Ich werde mit derselben Aufrichtigkeit, wie die deutsche Regierung und gegenüber dies getan hat, hinzufügen: Ohne zukünftige Möglichkeiten vorweg zu nehmen und ohne in Gedanken als unseren möglichen Feind diese Macht uns gegenüber zu sehen, können wir mit Rücksicht darauf, daß unser ganzes nationales Leben und unsere Sicherheit von unserer Ueberlegenheit zur See abhängt, unsere Anstrengungen nicht verringern, noch und in einer solche Lage bringen, daß irgend eine Möglichkeit leichter n kann, die diese Unabhängigkeit oder Ueberlegenheit etwa bedrohen könnte. Das tun wir ohne Feindseligkeit gegenüber einer anderen Nation lediglich in Befolgung des elementaren Instinkts der Selbsterhaltung. (Beifall.) Ich sehe die Zustimmung aller Teile des Hauses. (Erneuter Beifall.) Gegenüber den Einwürfen Balfours betone ich, daß vom Standpunkt einer allgemeinen Flottenpolitik nichts schlechter wäre, als zu rasch zu bauen, in Erwägung des Umstandes, wie schnell die Schiffsbauten sich ändern.

Asquith fuhr fort: Die Deutschen sagen, sie würden, wenn wir überhaupt keine Dreadnoughts bauen würden, genau nach ihrem Programm weiter bauen. Wenn dem so ist, gibt es keine Möglichkeit für die Vereinbarung einer gegenseitigen Abrüstung. Ich bedauere dies, aber die Deutschen sind, wie jede andere Nation, die bestes Urteilen ihrer nationalen Erfordernisse und Notwendigkeiten. Es ist nicht unsere Sache, zu leitisieren oder Vorschläge zu erteilen. Wir nehmen diese Erklärung hin, wie die Deutschen sie uns abgeben, und natürlich müssen wir unser Programm nach unseren nationalen Bedürfnissen einrichten. Ich wünsche zu Beginn der Debatte vollkommen klarzustellen, daß kein Grund vorliegt für zwei Behauptungen, die immerwährend auferhalb dieses Hauses aufgestellt werden. Die eine Behauptung geht dahin, daß wir in dem Wettrüsten das Tempo angeben, während wir bestrebt sind, wo wir können, dieses Tempo zu mäßigen. Gleich wenig begründet ist die andere Behauptung, daß wir in dieser Angelegenheit von unfreundlichen Absichten gegen die Deutschen bewegt sind. Wie sie auch beabsichtigt, so erklärt die Admiralität, daß es für Deutschland eine physische Unmöglichkeit sei, so bald über so viele Dreadnoughts zu verfügen. Es war sehr aufrichtig von der deutschen Regierung, zu sagen, die englische Regierung habe von ihr deutliche Erklärung erhalten, daß es nicht in ihrer Absicht liege, ihr Programm zu beschleunigen. Es war daher unmöglich für unsere Regierung, die an die Loyalität der Deutschen unbedingt glaubte, ein Programm vor das Parlament zu bringen, das auf der Annahme gefußt hätte, daß eine solche Erklärung nicht zu beachten sei. (Beifall.) Der Minister meinte, diese Erklärung sei zwar keine Bürgschaft im Sinne eines Abkommens zwischen den beiden Ländern, und er wäre auch nicht in dieser Regierung der mala fides beschuldigen, wenn sie ihre Absicht ändern sollte, aber Deutschland habe ausdrücklich gesagt, es werde seinen Schiffsbau nicht beschleunigen. Auch werde es nicht das tun, was Balfour ihm zutraut, nämlich in einem Finanzjahre acht Schiffe auf Stapel zu legen.

Asquith schloß: Deutschland hat sich im Schiffsbau ungeheuer entwickelt und noch mehr auf dem Gebiet der Ausrüstung dieser Kolosse. Er wolle nicht unnötige Beunruhigung im Lande hervorrufen, aber vom nationalen Gesichtspunkt aus dürfe man sich nicht länger mit dem Trofte begnügen, in der Schnelligkeit des Schiffsbaues einen Vorteil zu haben, da Deutschland 30 Monate, England 24 Monate zur Vollendung eines Schiffes brauche. Die Regierung sei darauf bedacht, für die sozialen Reformen Geld zu sparen, aber die Summe, welche im Flottenetat gefordert werde, sei das Geringste, was man vom Unterhaus verlangen könne. Hierauf wurde die Debatte vertagt.

•

Die Finanzkommission des Reichstags.

Am Mittwoch trat die Kommission in die Beratung des Entwurfs eines Weinsteuergesetzes ein.

Bei Beratung über § 1 wird die Generaldebatte eröffnet. — Ein Sozialdemokrat erklärt namens seiner Parteifreunde, daß er die Steuervorlage a limine ablehne. Es sei prinzipiell falsch, den Wein deshalb zu besteuern, weil er ein Luxus sei. Wolle man den Luxus besteuern, so müsse dies in den Kassenschränken der Besitzenden geschehen. Die Weinsteuer aber bringe, wie jede indirekte Steuer, eine teure Verwaltung und somit unproduktive Arbeit mit sich, so daß sie ein wirtschaftlicher und nationaler Schaden sei. Die Steuer sei eine Strafe. In der Vorlage werde das Abfüllen auf Flaschen bestraft, und zwar wirke die Strafe progressiv nach unten: je billiger der Wein, je kleiner das Quantum, um so höher die Steuer. Da bei Weinen unter einer Mark für die Flasche, gleichgültig, wie groß diese sei, durchweg 5 ₰ für die Flasche erhoben würden, so würde damit die so wünschenswerte Einbürgerung der halben und Dritteilflasche erschwert. In letzter Linie wirke die Steuer nachteilig auf den kleinen Weinbauer.

Ein Bundesratsbevollmächtigter wendet sich gegen die Auffassung des Vorredners, als sei die Steuer eine Strafe. Er sei mit diesem Standpunkt einverstanden, daß der Winzer unbedingt zu schützen sei. Dies werde durch die Banderole erreicht, die eine Erhebung der Abgabe erst im letzten Moment bewirke, und daher die Abwälzung möglichst erleichtere, die Rückwälzung unmöglich mache. Die Banderole erfasse auch alle Weitsteigerungen, sowohl die im Zwischenhandel als auch die im Laufe der Zeit entstehenden. Die Dritteil- und halben Flaschen würden nur mit der allgemeinen Steuer, nicht aber auch mit dem Zuschlage belegt. Ueber Aenderungen von Einzelheiten ließe sich noch verhandeln.

Ein konservativer Redner begrüßt namens seiner Partei die Besteuerung des Weins im Prinzip mit Freude. Wenn Bier und Branntwein jetzt so erheblich belastet würden, so sei es nur billig, den Wein als einen Luxusartikel mit heranzuziehen. Die Bedenken gegen die Weinsteuer seien nicht so schwerwiegend, daß sie nicht entkräftet werden könnten. Eine klaffende Lücke im Gesetz sei dagegen die Freilassung des Faßweines. Würde dieser mitbesteuert, so würde die Regierung statt 20 Millionen 40 Mill. Mark erzielen können. Er und seine Parteifreunde müßten sich daher energisch für